BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

FRAKTION B' 90/DIE GRÜNEN, RATHAUSPLATZ 2, 90403 NÜRNBERG

An den Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg
Dr. Ulrich Maly
Rathaus

90403 Nürnberg

SozA

OBERBÜRGERMEISTER
30. APR. 2015 .....Nr.....

BgA	1 Zur Kts.	3	Zur Stellungnahme
V	2 z.w.V. X	4	Antwort vor Absendung vorlegen
		5	Antwort zur Unterschrift vorlegen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Stadtratsfraktion Nürnberg

Rathausplatz 2
90403 Nürnberg

per Fax ✓

Tel: (0911) 231-5091
Fax: (0911) 231-2930
gruene@stadt.nuernberg.de

Bus: Linie 36, 46, 47 (Rathaus)
U-Bahn: Linie 1 (Lorenzkirche)

Bundesweiter Flüchtlingsgipfel geht nur mit kommunaler Beteiligung

Kopie: BgA/L, BgA/3

Nürnberg, 30.04.2015

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt folgenden

Antrag:

Der Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg setzt sich beim Freistaat Bayern und über den Deutschen Städtetag dafür ein, dass die kommunalen Spitzenverbände an dem von der Kanzlerin angekündigten bundesweiten Spitzengipfel zum Thema Geflüchtete teilnehmen.

Begründung:

Wie der Medienberichterstattung zu entnehmen war, hat die Bundeskanzlerin angesichts der neuen Prognosen zu den steigenden Flüchtlings- und AsylbewerberInnenzahlen zu einem Treffen auf „höchster politischer Ebene" geladen. Am 08. Mai trifft sich Kanzlerin Merkel mit Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel, Innenminister Thomas de Maizière und Kanzleramtschef Peter Altmaier. Auch VertreterInnen mehrerer Bundesländer sollen zu dem Treffen in Berlin kommen.1

Das Präsidium des Deutschen Städtetages bekräftigte auf seiner Sitzung am 21.04.15 die Bereitschaft der deutschen Städte, „Asylbewerber und Flüchtlinge bei sich aufzunehmen, zu unterstützen und in die Gesellschaft zu integrieren."2 Bund und Länder müssten die Städte in ihrem Engagement allerdings ausreichend und umfassender unterstützen.

Dazu nennt das Präsidium in seinem Beschluss etliche Punkte. So sollten die Länder etwa Kosten in vollem Umfang an die Städte erstatten. Der Bund sollte sich stärker im Integrationsbereich engagieren. Gemeinsam sollten sich alle Beteiligten darum kümmern, soziales Konfliktpotential – etwa auf den Wohnungsmärkten – von vorneherein zu vermeiden. Auch sollten die Kapazitäten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge und der Erstaufnahmeeinrichtungen erweitert und die finanzielle Unterstützung bei der Aufnahme und Integration von Geflüchteten dauerhaft und systematisch verankert werden.

---

1 s. http://www.zeit.de/politik/deutschland/2015-04/angela-merkelbundesregierung-fluechtlingsgipfel
2 s. http://www.staedtetag.de/imperia/md/content/dst/presse/2015/beschluss_praesidium_dst_april_2015_fluechtlinge_aufnahme_integration.pdf

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Die Kommunen und Gemeinden sind diejenigen, die vor Ort die Aufnahme und Integration der Geflüchteten übernehmen. Wenn nahe Nürnberg etwa die Erstaufnahmeeinrichtung in Zirndorf völlig überbelegt ist und dadurch chaotische Zustände herrschen, fällt das letztlich auch auf die Stadt Nürnberg zurück.

Durch unterschiedliche Verantwortlichkeiten in diesem Bereich ist es unabdingbar, dass die kommunalen Spitzenverbände als Fürsprecher der Kommunen und Gemeinden an dem Spitzengipfel zu diesem Thema, das derzeit alle Städte sehr beschäftigt, teilnehmen!

Der Oberbürgermeister sollte schon im eigenen Interesse seinen Einfluss geltend machen und alles daran setzen, dies über die entsprechenden Kanäle zu erreichen.

Mit freundlichen Grüßen

A Friedel

Andrea Friedel
Stadträtin